



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 30. März 2011

Aus Berlin

Hausärzte als Versorgungsmanager nach Krankenhausaufenthalt

Die Hausärzte könnten in Zukunft verstärkt als Schnittstellenmanager zwischen dem stationären und ambulanten Sektor tätig werden. Dafür spricht ein Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, der für gesetzlich Krankenversicherte einen Anspruch auf Behandlungs- und Grundpflege sowie auf hauswirtschaftliche Versorgung nach einem Krankenhausaufenthalt vorsieht. Manche Patienten seien nach einer stationären Behandlung nicht sofort in der Lage, ihren Alltag selbständig zu bewältigen, heißt es in der Begründung. Bei einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses äußerten Sozialverbände, wie der Sozialverband Deutschlands, Zustimmung. Dieser schlug die Einrichtung eines qualifizierten Überleitungs- und Entlassungsmanagements durch ambulante Behandlungseinrichtungen vor. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung lehnte hingegen eine gesetzliche Leistungsausweitung ab. Zudem machte er darauf aufmerksam, dass es bislang kein konkretes Zahlenmaterial über tatsächliche Versorgungslücken gebe. Ginge es nach dem AOK-Experten Manfred Adryan, sollten die Ärzte den Patienten vor einer Operation darüber aufklären, wie sein Gesundheitszustand nach der Entlassung sei. Viel hänge davon ab, ob der einzelne Patient seine Pflege frühzeitig durch Familie und Nachbarn organisieren könnte, sagte Adryan. ([Heute im Bundestag, 24. März](#); [Ärzte Zeitung, 24. März](#))

Aus KBV und KVen

Köhler weist auf drohenden Ärztemangel hin

Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, hat Äußerungen der Vorstandsvorsitzenden des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung, Dr. Doris Pfeiffer, zurückgewiesen. Diese hatte in einem Interview mit der „Welt“ erklärt, dass es heute mehr niedergelassene Ärzte als früher gebe, die aber falsch verteilt seien. Dem widerspricht Köhler klar: „Wer den Ärztemangel leugnet, verkennt nicht nur die Realität, sondern der handelt auch gegen die Interessen der Versicherten.“ Das Durchschnittsalter aller Ärzte liege bei etwa 52 Jahren, vor allem für die notwendige Basisversorgung vor Ort fehlten schon bald die entsprechenden Ärzte, erklärte Köhler. Auch die Kritik Pfeiffers, dass Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) von Ärzten nur aus ökonomischen Gründen angeboten würden, weist Köhler vehement zurück: „Dass Frau Pfeiffer die IGeL unter Generalverdacht stellt, ist falsch. Diese können für den einzelnen Patienten durchaus sinnvoll sein.“ ([Pressemitteilung der KBV, 28. März](#); weitere Informationen zum Ärztemangel stehen auf einer [KBV-Themenseite](#) bereit)

KBVMesse: Besucher können sich jetzt online anmelden

Die sektorenübergreifende Patientenversorgung steht im Mittelpunkt der KBVMesse vom 3. bis 5. Mai in Berlin. Interessenten können sich nun als Besucher auf der Website www.versorgungsmesse.net online anmelden und sich auch das detaillierte Programm der Messe anschauen. Die dreitägige Veranstaltung dient als Plattform für den direkten Austausch zwischen

Ärzten und Psychotherapeuten, Krankenkassen und Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung. Wie im Vorjahr präsentieren am Hauptveranstaltungstag, dem 4. Mai, rund 30 Aussteller innovative Projekte aus ganz Deutschland. Weitere Höhepunkte an diesem Tag sind zwei Diskussionsrunden zu Perspektiven der vernetzten Versorgung am Beispiel von Praxisnetzen sowie zur Bedarfsplanung. An den zwei weiteren Tagen der Messe finden Debatten, Fachforen, Workshops und Vorträge statt. ([Pressemitteilung der KBV, 30. März](#))

KV-on: Köhler berichtet über Ziele und Pläne

Der jüngst im Amt bestätigte Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, hat sich große Ziele für die kommenden Jahre gesteckt. Ganz oben auf seiner To-Do-Liste, die Interessen der Niedergelassenen beim anstehenden Versorgungsgesetz einzubringen. Darüber und über weitere Aufgaben und Pläne, berichtet Köhler im Thema der Woche auf KV-on, dem Web-TV von KBV und Kassenärztlichen Vereinigungen. ([Video-Podcast](#))

Keine Doppelstrukturen durch geplante spezialärztliche Leistungsebene

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) warnt vor dem Aufbau von Doppelstrukturen bei der spezialärztlichen Versorgung. In einer Stellungnahme zum Positionspapier des Bundesgesundheitsministeriums und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Versorgungsgesetz betont die KVBW, dass es bereits eine gut funktionierende Struktur aus niedergelassenen Ärzten und dem stationären Bereich zur Behandlung von Patienten mit schweren Krankheiten gebe. „Unerlässlich ist es, die regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen, damit keine Doppelstrukturen aufgebaut und damit die Versorgung dieser Krankheiten insgesamt nicht gefährdet wird“, erklärte Dr. Norbert Metke, Vorstandsvorsitzender der KVBW. Dieser fordert zudem einen konkreten Leistungskatalog und eine klare Abgrenzung der Diagnosen und Krankheitsbilder, die unter die spezialärztliche Versorgung fallen sollen sowie eine einheitliche Vergütung. ([Pressemitteilung der KV Baden-Württemberg, 25. März](#))

Brandenburg: „agnes zwei“ kommt zum Einsatz

Die Arbeitsgemeinschaft „IGiB – Innovative Gesundheitsversorgung in Brandenburg“, an der die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Brandenburg, die AOK Nordost und Barmer GEK beteiligt sind, hat das Versorgungsmodell „agnes zwei“ ins Leben gerufen. Speziell geschulte Schwestern sollen sowohl im haus- als auch im fachärztlichen Bereich eingesetzt werden. Ziel ist es, den Arzt zu entlasten und den Patienten effizient durch die Gesundheitsbereiche zu lotsen. So soll „agnes zwei“ unter anderem dabei helfen, Formulare auszufüllen, Termine zu koordinieren sowie Patienten in deren Häuslichkeit zu betreuen. „Wir benötigen dringend insbesondere in den Arztpraxen, die einen hohen Anteil an chronisch Kranken oder multimorbiden Patienten haben, eine besonders qualifizierte Kraft, die diese komplizierten und zeitaufwendigen Fälle managt“, betont der Vorsitzende der KV Brandenburg, Dr. Hans-Joachim Helming. Zurzeit wird das Modell in drei brandenburgischen Regionen erprobt: in einer Hausarztpraxis in Kyritz, einer Facharztpraxis in Fürstenwalde und im Medizinischen Zentrum Lübbenau. ([Pressemitteilung der KV Brandenburg, 29. März](#))

Beratungsprojekt „Kinder kranker Eltern“ in Bayern gestartet

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns und die AOK Bayern haben ein gemeinsames Beratungsprojekt zur Unterstützung von Kindern mit kranken Eltern gestartet. Denn die Diagnose einer schweren Krankheit verändert nicht nur das Leben der Betroffenen, sondern auch das der Kinder. Leiden Mutter oder Vater an einer schweren Erkrankung, zum Beispiel an Krebs, Epilepsie oder Aids, können die Eltern nun unverbindlich zwei Beratungstermine bei einem Fachexperten wahrnehmen. „Wenn man darüber nicht offen spricht, kann das beim Kind zu tiefer Verunsicherung, zu Angstzuständen oder sogar zu psychischen Störungen führen. Dem wollen wir mit dem Beratungsprojekt für Kinder kranker Eltern vorbeugen“, erklärte Dr. Ilka Enger, zweite stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KV Bayerns. Die professionelle Beratung soll den Eltern bei der Vorbereitung und der Durchführung eines offenen, kindgerechten Gesprächs über die Krankheit der Mutter oder des Vaters helfen. Bei Bedarf können auch weitere Gespräche folgen.

Weitere Informationen zum Beratungsprojekt sind im Internet unter www.kvb.de/kinderkrankeltern zu finden. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 28. März](#))

Aus den Verbänden

Hygiene: Krankenhäuser fordern 400 Millionen Euro mehr

Für die Verbesserung der Hygiene in Kliniken seien rund 400 Millionen Euro zusätzlich nötig. Das hat der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Georg Baum, anlässlich der ersten Lesung des Infektionsschutzänderungsgesetzes im Bundestag gesagt. „Die Krankenhäuser brauchen ein finanzielles Förderprogramm für die notwendige massive Personalaufstockung“, so Baum. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) reagierte mit Unverständnis. „Es mutet merkwürdig an, dass die Krankenhausgesellschaft 400 Millionen Euro fordert, um einen vernünftigen Infektionsschutz umzusetzen. Man sollte doch meinen, dass dies bereits heute zu den selbstverständlichen Aufgaben eines jeden Krankenhauses gehört“, sagte der Verbandssprecher Florian Lanz. ([Pressemitteilung der DKG, 24. März; Pressestatement des GKV-Spitzenverbandes, 24. März](#))

Genitalverstümmelung: Ärzte sind sensibilisiert

Genitalverstümmelung soll kein Tabuthema bleiben. Das haben Dr. Cornelia Goesmann, Vize-Präsidentin der Bundesärztekammer (BÄK), und Annette Widmann-Mauz, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, in einem Interview mit dem Deutschen Ärzteblatt gefordert. In den vergangenen Jahren habe es bei den Ärzten viel Aufklärungsarbeit zu diesem Thema gegeben, sagte Goesmann und konkretisierte: „Die Empfehlungen der BÄK zum Umgang mit betroffenen Frauen sind inzwischen Bestandteil der Facharztweiterbildung und Fortbildung in der Gynäkologie.“ Notwendig sei ein sensibler Umgang mit betroffenen Patientinnen. Praktiken, nach denen sich Ärzte an einer Genitalverstümmelung beteiligen, seien in Deutschland verboten, sagte Widmann-Mauz und betonte: „Frauen müssen erkennen, dass sie ein Recht auf körperliche Unversehrtheit haben und dieses auch einfordern können.“ Schätzungen zufolge leben etwa 18.000 Mädchen und Frauen in Deutschland, die an ihren Genitalien verstümmelt wurden. ([Deutsches Ärzteblatt, 25. März](#))

Broschüre: Beispiele für eine engere Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsberufen

Eine Broschüre mit beispielhaften Konzepten für eine engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gesundheitsberufen hat die Konferenz der Fachberufe bei der Bundesärztekammer (BÄK) vorgelegt. „Nun liegt es an der Politik, an den Verantwortlichen in den Gesundheitseinrichtungen, aber auch an den dort Beschäftigten, diese Vorschläge mit Leben zu füllen und umzusetzen“, betonte Dr. Cornelia Goesmann, Vizepräsidentin der BÄK und Vorsitzende der Fachberufekonferenz. Die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den im Gesundheitswesen tätigen Professionen begründete sie mit der demografischen Entwicklung, einer gestiegenen Komplexität der Versorgung, sowie mit begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen. Die Broschüre mit dem Titel „Prozessverbesserung in der Patientenversorgung durch Kooperation und Koordination zwischen den Gesundheitsberufen“ ist auf der [Website](#) der BÄK als PDF-Dokument verfügbar. ([Pressemitteilung der BÄK, 24. März](#))

Aus der Welt

Unicef startet Impfkampagne gegen Polio in Afrika

38 Millionen Kinder in Westafrika sollen gegen Kinderlähmung immunisiert werden. Dafür setzt sich das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) mit einer Polio-Impfkampagne ein, berichtet das Deutsche Ärzteblatt. In 15 afrikanischen Ländern seien rund 180.000 Freiwillige unterwegs, um die Übertragung des Polio-Erregers zu stoppen. Mitte 2009 war die Epidemie in einer Reihe

westafrikanischer Länder wieder ausgebrochen, konnte aber durch Impfungen zurückgedrängt werden. Bis 2010 ist Unicef zufolge die Zahl der Neuerkrankungen auf 1.294 Fälle in 20 Ländern gesunken. Solange nicht alle Kinder gegen Polio geimpft seien, könne es immer wieder zu größeren Ausbrüchen kommen. Weltweit gibt es heute noch vier Länder, in denen Polio gehäuft auftritt: Afghanistan, Indien, Nigeria und Pakistan. ([Deutsches Ärzteblatt online, 25. März](#))

Brasilien investiert in Bekämpfung von Brust- und Gebärmutterkrebs

Bis 2014 will Brasiliens neue Regierung umgerechnet 1,9 Milliarden Euro zum Zwecke der Krebsbekämpfung in das Budget des öffentlichen Gesundheitswesens einstellen. Das berichtet das Deutsche Ärzteblatt und beruft sich dabei auf die brasilianische Presse. Das Programm sehe sowohl mehr Maßnahmen zur Vorbeugung als auch eine bessere Ausstattung der öffentlichen Krankenhäuser mit modernen medizinischen Apparaten vor. Erst Mitte Februar hatte die Regierung mit einer unentgeltlichen Verteilung von Bluthochdruck- und Diabetesmedikamenten in staatlichen Krankenhäusern und Apotheken begonnen. Staatspräsidentin Dilma Rousseff, die zu Jahresbeginn ihr Amt antrat, hat sich die Beseitigung der Armut in Brasilien als wichtigstes Ziel ihrer Präsidentschaft gesetzt. Dem brasilianischen Gesundheitsministerium zufolge geben Menschen in den untersten Einkommensgruppen bis zu einem Achtel ihrer monatlichen Einkünfte für Medikamente aus. ([Deutsches Ärzteblatt online, 25. März](#))

Außerdem

Hausärzte bewerten ihre Arbeit auf dem Land positiv

Eine Studie des Instituts für Allgemeinmedizin und Familienmedizin der Universität Witten/Herdecke hat ergeben, dass viele Ärzte ihre Arbeit als Hausarzt auf dem Land positiv bewerteten, obwohl einige berufliche Rahmenbedingungen verbesserungswürdig seien. Die Studie wurde in zwei Regionen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Als besonders positiv stufen die Befragten die enge Arzt-Patienten-Beziehung, den umfassenden Charakter der Allgemeinmedizin sowie den oftmals über Generationen gehenden Kontakt zu Patienten und deren Familien ein. Aber es wurden auch Kritikpunkte genannt. Dazu gehörten eine ungenügende und unsichere Finanzierung, ein steigender Bürokratie- und Verwaltungsaufwand sowie eine sinkende Anerkennung ihrer Leistungen seitens des Gesundheitssystems und der Bevölkerung. ([Deutsches Ärzteblatt, 29. März](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 30.000.000

Die Zahl der Allergiker in Deutschland steigt. Schätzungen zufolge leiden derzeit rund 30 Millionen Menschen an einer Allergie. Das können etwa Heuschnupfen und Allergien gegen Arzneimittel oder Nahrungsmittel sein, informiert der Ärzteverband Deutscher Allergologen ([Deutsches Ärzteblatt, 30. März](#)).

Aus dem Terminkalender

- 02.04.11 Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 9 Uhr
- 13.04.11 Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 14 Uhr
- 20.04.11 Informationsveranstaltung des Kompetenzzentrums Patientensicherheit und der
KVen
Berlin, 16–19 Uhr
- 03.05.11 – KBVMesse Versorgungsinnovation 2011
05.05.11 Berlin
- 04.05.11 Informationsveranstaltung des Kompetenzzentrums Patientensicherheit und der
KVen
Weimar, 16–19 Uhr
- 13.05.11 Tag der Niedergelassenen 2011
Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 03

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: agraumann@kbv.de, hfuegemann@kbv.de, fknoeppke@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>